

Magdeburg, den 10.02.2026

Erwartungen an Landtag und Landesregierung der 9. Wahlperiode

Die Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden in Sachsen-Anhalt bilden das Rückgrat für das öffentliche Leben vor Ort. Sie sind der direkte Zugang für die Bürgerinnen und Bürger zum Staat. Laut aktuellen Sachsen-Anhalt-Monitor genießen sie sowie die Landesregierung und der Landtag in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts ein hohes Maß an Vertrauen, auch wenn das Vertrauen in den Staat und seine Leistungsfähigkeit bundesweit abnimmt.

Vertrauen in die Kommunen – die Basis für eine starke Demokratie

Bereits in der gegenwärtigen Legislaturperiode gibt es gute Ansätze einer gelungenen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Landesregierung, z. B. in den Bereichen Landesentwicklung, energetische Entwicklung und Sondervermögen. Wenn es uns gelingt, dieses Vertrauen gemeinsam zu stärken, bewältigen wir Herausforderungen wie den demografischen Wandel, Digitalisierung, Bürokratieabbau oder Klimaanpassung bürgernah und wirksam. **Dazu braucht es aus unserer Sicht:**

- **Ein nachhaltiges Miteinander von Land und Kommunen**, was gegenseitiges Vertrauen voraussetzt. Sachsen-Anhalt muss die Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden nicht mehr nur als „Verwaltungsausführer“ betrachten, sondern als echte politische Partner.
- **Eine auskömmliche Finanzierung**, für die es einer verlässlichen Einnahmebasis bedarf, um die Erfüllung von immer mehr Aufgaben und nötige Instandhaltungen sowie Investitionen zu ermöglichen.
- **Flexible, ortsnahe Lösungen – gerade in strukturschwächeren Regionen**, denn ein zu starker Zentralismus führt zu Bürokratie und Entscheidungsverzögerungen. Digitalisierte Prozesse können örtlich bedingte Zugangsbarrieren abbauen.



Was braucht es aus Sicht von Landtag und Landesregierung dazu? Wie werden Sie die Kommunen als starke Partner unterstützen?

Die Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden sind sich jedenfalls ihrer Verantwortung bewusst und gehen die finanziellen, personellen und strukturellen Herausforderungen an - auch wenn vielerorts stagnierende Steuereinnahmen bei flächendeckend steigenden Ausgaben u.a. in den Bereichen Soziales, Personal, Bauen, Energie etc. zu strukturellen Haushaltsdefiziten führen. Für 2026 wird bundesweit ein kommunales Haushaltsdefizit von 32 Mrd. Euro erwartet, dem immer häufiger vor Ort durch Aufgabenverzicht, insbesondere im freiwilligen Bereich begegnet werden muss.

Unsere Fragestellungen an Landtag und Landesregierung sind!

Kommunen stärkere Gestaltungsspielräume eröffnen

- Werden Sie die kommunale Eigenverantwortung stärken?
- Welche Schritte werden unternommen, um verbindliche, frühzeitige und transparente Beteiligungen der Kommunen an Gesetzgebungsprozessen sicherzustellen?
- Wie können pauschale Zuweisungen gegenüber zweckgebundenen Mitteln gestärkt werden, um den Kommunen mehr Flexibilität zu ermöglichen?
- Welche Möglichkeiten sehen Sie, um Experimentierklauseln stärker zu nutzen und den Kommunen mehr Handlungsspielräume zu eröffnen?

Finanzierung auskömmlich gestalten & Konnexität wahren

- Wie stehen Sie zu der Forderung der Kommunen, die Beteiligung der Kommunen am bundesweiten Umsatz- und Einkommensteueraufkommen zu erhöhen?
- Wird eine Fortführung des aufgabenbezogenen Finanzausgleichsgesetzes unter Einbeziehung einer echten intensiven Bedarfsermittlung befürwortet?
- Welche Maßnahmen werden künftig ergriffen, um eine nachvollziehbare, vollständige und dauerhafte Gegenfinanzierung neuer oder erweiterter Aufgaben und Standards von EU, Bund und Land sicherzustellen?
- Ist die Einführung eines kommunalen Entschuldungsprogramms geplant, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen langfristig zu sichern?

Bürokratie abbauen

- Welche konkreten Schritte sind angedacht, um die staatliche Leistungsfähigkeit und Umsetzbarkeit politischer Ziele realitätsnah auszurichten und ein Aufgaben- und Standardmoratorium zu etablieren?
- Wie können Berichtspflichten und Kontrollmechanismen so gestaltet werden, dass sie Vertrauen statt Misstrauen fördern?
- Welche Maßnahmen werden ergriffen, um das Zuwendungsrecht spürbar zu vereinfachen, dass kommunale Dienstrecht attraktiver zur Wahrung des Funktionsvorbehaltes zu gestalten und die Umsetzung des Sozialrechts auf kommunaler Ebene zu erleichtern?
- Wie kann sichergestellt werden, dass Konzeptpflichten nur bei gesicherter Umsetzungsfinanzierung eingeführt werden?

Aufsicht mit Vertrauen - Unterstützung statt Kontrolle

- Wie kann die Rechts- und Fachaufsicht auf Augenhöhe mit den Kommunen gestaltet werden, um eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zu fördern?
- Welche Schritte werden unternommen, um Entscheidungsspielräume durch realistische Fehlertoleranz zu erweitern?
- Wie können Evaluationen als gemeinsame Lernprozesse etabliert und gleichzeitig Schulungs- und Fortbildungsangebote für kommunale Mitarbeiter ausgebaut werden?

Digitalisierung gemeinsam & praxisnah gestalten

- Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Digitalisierung als gesamtstaatliche Aufgabe zu fördern und dabei Standards zu setzen, die auch kleine Verwaltungen umsetzen können?
- Wie können gemeinsame Plattformen und praxiserprobte Lösungen entwickelt werden, um Insellösungen zu vermeiden und die Digitalisierung für alle Bürgerinnen und Bürger nutzbar zu machen?